

Christoph Bühler

Deutschland im 19. Jahrhundert

Texte für Schule und Studium

Heft 3: Die Revolution 1848/49

Heidelberg 2006

Die Revolution 1848/49

Zeittafel zur deutschen Revolution 1848/49.....	172
Vorgeschichte.....	173
Liberalismus und Restauration, Vormärz in Deutschland	173
Vormärz und Revolution in Frankreich.....	175
Demokratische und liberale Diskussion in Baden	175
Offenburg	176
Heppenheim.....	176
Der Ausbruch der Revolution	179
Das „Vorparlament“ in Frankfurt	181
Die Verfassunggebende Nationalversammlung.....	182
Die Reichsverfassung	183
Probleme und Schwierigkeiten der Nationalversammlung.....	185
Die Reaktion in Preußen	187
Das Ende der Revolution.....	189
Die Errungenschaften der Revolution	190
Die Gründe für das Scheitern.....	190
Grundzüge des Verfassungsentwurfes von 1849	192
Umfang und Organe des Reichs.....	192
Kompromisscharakter der Reichsverfassung	192
Der preußische Verfassungsoktroy von 1848/50	193
Das Dreiklassenwahlrecht.....	193
Die Stellung des Verfassungsoktroys in der politischen Wirklichkeit	194
Klausurthemen	195
Quellen	196
Literatur.....	197
Ausstellungskataloge	197
Weblinks.....	199

Die Revolution 1848/49

Innerhalb des reaktionären und von Kleinstaaterei geprägten politischen Systems im Deutschen Bund wurden in den 1840er Jahren die Forderungen nach durchgreifenden liberalen Reformen immer lauter, wuchs aber auch die Bereitschaft, für eine durchgreifende Demokratisierung die Monarchien zu opfern und eine deutsche Republik zu errichten. Zwei Versammlungen, die eine als Bürgerversammlung mit eher radikalem Zuschnitt in Offenburg, die andere, eine Zusammenkunft süddeutscher Parlamentarier in Heppenheim, formulieren unüberhörbar ihre Forderungen.

Auf die Februarrevolution in Paris 1848 hin entzündete sich der revolutionäre Funke vor allem im bereits radikalisierten Mannheim. Eine Demokratisierung des Parlaments in Baden soll Muster für die Errichtung der Demokratie in Deutschland sein. Die Forderungen der Mannheimer werden in der Landeshauptstadt schnell erfüllt, wie auch in weiten Teilen Deutschlands die „Märzforderungen“ durch die Berufung von liberalen „Märzministern“ erfüllt werden.

In Aufständen und Barrikadenkämpfen in Wien und Berlin zeigt sich, dass das Volk bereit ist, für die Durchsetzung ihre Forderungen auch Gewalt anzuwenden. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erklärt sich solidarisch mit der Revolution und kann ihr so ihre Spitze brechen.

Während die liberale Richtung sich in der Bildung eines Vorparlaments und der Wahl zur Nationalversammlung äußert, greift Friedrich Hecker als Wortführer der Radikalen Demokraten zu den Waffen, um die Deutsche Republik auf der Basis einer Volksbewegung zu schaffen. Sein „Heckerzug“ wird jedoch militärisch geschlagen.

Die Arbeit der Nationalversammlung ist geprägt von dem Bemühen, die widerstrebendsten Vorstellungen durch Kompromisse zu vereinen. So wird schließlich eine - den Grundrechten des Volkes verpflichtete - kleindeutsche konstitutionelle Monarchie geschaffen, der sich allerdings der zum Kaiser ausersehene Preußenkönig im April 1849 verweigert.

Ein neue Volksaufstand im Mai 1849 soll das Werk der Verfassung trotz ihres Scheiterns retten, wird allerdings in Baden und der Pfalz militärisch besiegt.

Zeittafel zur deutschen Revolution 1848/49

Vorgeschichte	
Frankreich	
22. 2. 1848	Ausbruch der Februarrevolution in Paris
Dezember 1848	Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten
Dezember 1851	Staatsstreich Louis Napoleons
Dezember 1852	Kaiserproklamation als Napoleon III.
Baden	
12. 9. 1847	Offenburger Programm der Demokraten
10. 10. 1847	Heppenheimer „Protokoll“ der Gemäßigten
27. 2. 1848	Erste Petition (in Mannheim) an die badische Kammer
19. 3. 1848	Massenversammlung in Offenburg
Die Revolution in Deutschland	
5. 3. 1848	Heidelberger Versammlung: Einladung zur Vorbereitung einer Verfassunggebenden Nationalversammlung
13. 3.	Erster Aufstand in Wien. Metternich muss fliehen.
18. 3.	Barrikadenaufstand in Berlin; Zugeständnisse der Regierungen
31. 3.– 4. 4.	Frankfurter Vorparlament
13. 4.	Beginn des Heckerzuges von Konstanz aus
20.– 27. 4.	Niederlagen des Heckerzuges bei Kandern, Freiburg und Steinen
18. 5.	Zusammentritt der Verfassunggebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche
26. 8.	Waffenstillstand von Malmö zwischen Preußen und Dänemark
21. 9.	Proklamation der „Deutschen Republik“ durch Struve in Lörrach
Oktober	Kaiserliche Truppen erobern das aufständische Wien
November	Preußisches Militär rückt wieder in Berlin ein
6. 12.	Auflösung der Preußischen Nationalversammlung, Verfassungsoktroy

27. 12.	Verabschiedung der „Grundrechte des Deutschen Volkes“
1849	
28. 3.	Verkündung der Verfassung und Wahl des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm zum Deutschen Kaiser
28. 4.	Ablehnung der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm
Mai	Bürgerkrieg in Sachsen, der Pfalz und Baden
30. 5.	Umzug des „Rumpfparlaments“ nach Stuttgart (Auflösung im Juni)
Ende Juni	letzte Kämpfe zwischen Gernsbach und Kuppenheim
23. 7.	Kapitulation der Festung Rastatt

Vorgeschichte

Liberalismus und Restauration, Vormärz in Deutschland¹

Die Aufklärung formulierte die Idee, einen Staat durch eine geschriebene Verfassung zu ordnen: es sollte darin nicht nur der Grundsatz der Gewaltenteilung festgehalten werden, sondern auch genau beschrieben sein, welches Verfassungsorgan welche Befugnisse hat. Am Ende des 18. Jahrhunderts war es das höchste Ziel der fortschrittlichen Kräfte, eine solche Verfassung zu erreichen – entweder durch Zusammenarbeit aller Kräfte oder durch Revolution und Zwang. Die ehemaligen amerikanischen Kolonien gingen hier 1787 voraus, Polen folgte am 1. Mai 1793, Frankreich im September desselben Jahres.

Hinter diesen Errungenschaften konnten und wollten die fortschrittlichen Kräfte in Frankreich und Deutschland nicht zurückstehen. Der Sturz Napoleons war die Gelegenheit, in Frankreich eine liberale Verfassung einzuführen, die Charte Constitutionnelle von 1814². Die meisten deutschen Staaten sahen in dem Erlass von Verfassungen ein Mittel, um ihre 1803 – 1806 aus den verschiedensten Bestandteilen neu zusammengesetzten Teile zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschweißen. Vor allem die 1818 beschlossene badische Verfassung zeigt, wie die Staatskrise auf diesem Weg behoben werden konnte und welche Möglichkeiten der politischen Diskussion so freigesetzt werden konnten.

Grundlinie der Politik im 1815 als lose Klammer gegründeten Deutschen Bund³ war jedoch die Zurückdrängung der Ideen von Liberalismus, Demokratie und nationaler Einheit, die sich so sehr mit der Person des

¹ Zu diesem einleitenden Kapitel siehe detailliert Heft 2 der Reihe „Deutschland im 19. Jahrhundert“

² http://de.wikipedia.org/wiki/Charte_Constitutionnelle

³ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Bund

österreichischen Staatskanzlers Metternich⁴ verknüpft, dass man von einem „System Metternich“⁵ spricht. Vor allem die 1819 erlassenen „Karlsbader Beschlüsse“⁶ versuchten, mit Zensur und politischer Verfolgung liberale und nationale Ideen zu unterdrücken. Kennzeichen der politischen Situation Deutschlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist daher die Kleinstaaterei⁷, verbunden mit einer Politik der Restauration und Reaktion, die sich an den vorrevolutionären Verhältnissen orientierte und fortschrittliche Bestrebungen in Gesellschaft und Staat unterdrückte.

Die Juli-Revolution von 1830 in Frankreich zog zwar die Unabhängigkeit Belgiens und den Aufstand in Polen gegen die russische Herrschaft nach sich, ging aber am öffentlichen politischen Leben in Deutschland noch vorbei. Nur in den süddeutschen Landtagen wurden die Forderungen nach Grundrechten sowie einer Verfassungs- und Justizreform erneut erhoben. Der gescheiterte polnische Aufstand allerdings rief in Deutschland eine Begeisterung für die polnischen Freiheitskämpfer hervor⁸. Erst 1832 konnte ein Jubiläumsfest für die Bayerische Verfassung auf dem Hambacher Schloss („Hambacher Fest“⁹) zu einer machtvollen Demonstration werden, als Redner wie Philipp Jacob Siebenpfeiffer und Josef Wirth das Wort für Freiheit und Demokratie ergriffen. Das Aufflammen dieser liberalen Ideen wurde allerdings schnell wieder mit steigender politischer Repression beantwortet.

Wenn auch die nationale Einigung mit der von „oben“ ausgehenden Gründung des Deutschen Zollvereins unter preußischer Führung 1834 einen ersten Erfolg erzielen konnte und Hoffnungen auf eine Lösung der nationalen Frage weckte, wurde jedoch die immer wieder erhobene Forderung nach einer Volksvertretung für ganz Deutschland weiterhin als „demagogisch“ verfolgt. In einem Kreis süddeutscher Liberaler um Adam von Itzstein war jedoch die Bereitschaft vorhanden, diese Frage immer wieder in die politische Diskussion einzubringen.

Die Vorherrschaft der konservativen und restaurativen Kräfte in Europa verhinderte eine Lösung der bestehenden politischen Probleme, vor allem in der Frage der liberalen Verfassungen und des Ausgleichs zwischen den sozialen Schichten. Exponenten der Kritik sind z. B. Georg Büchner¹⁰ („Hessischer Landbote“ 1834) und Heinrich Heine¹¹. Literaten und

⁴ Über Metternich http://de.wikipedia.org/wiki/Klemens_Wenzel_Lothar_von_Metternich, besonders das Kapitel „Metternichsches System“, das ausführlicher ist als der folgende Link

⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Metternich%E2%80%99sches_System

⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Karlsbader_Beschl%C3%BCsse

⁷ Eine gute Karte: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/6c/Deutscher_Bund.png

⁸ http://www.deutsche-und-polen.de/ereignisse/ereignis_jsp/key=polen_begeisterung_1820.html und <http://www.ieg-ego.eu/de/threads/europaeische-medien/europaeische-medienergebnisse/1830er-revolution/gabriela-brudzynska-nemec-polenbegeisterung-in-deutschland-nach-1830>, zwar sehr ausführlich, aber mit gutem Bildmaterial unterlegt.

⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Hambacher_Fest

¹⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_B%C3%BCchner

¹¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Heine

Journalisten schlossen sich zu Gruppen zusammen unter den Namen „Junges Deutschland“¹², „Junges Italien“¹³ oder „Junges Europa“. Sie wurden von den alten Mächten verfolgt und unterdrückt¹⁴. Gleichzeitig stiegen im Gefolge der zunehmenden Industrialisierung die sozialen Spannungen.

Vormärz und Revolution in Frankreich

Die Regierungszeit des französischen Königs Louis Philippe¹⁵ (1830 bis 1848) war geprägt von einer sich verstärkenden Abkehr vom Liberalismus, die in einem Anschluss an die von Österreich dominierte „Heilige Allianz“ gipfelte, und stand unter dem Zeichen sich häufender Skandale und Korruptionsfälle. Das französische Bürgertum, das ihn in der Julirevolution 1830 selbst auf den Thron gebracht hatte, war mehr und mehr enttäuscht von der restaurativen Politik, von der ihm besonders das Zensuswahlrecht einen seiner Stärke entsprechenden Einfluss bei der Gesetzgebung verwehrte.

Öffentliche Proteste gegen die Haltung des Königs, der eine Reform des Wahlrechts verweigerte, weiteten sich schnell zu Unruhen, als am 22. Februar die Polizei in eine Massendemonstration der Opposition schoss und 50 Demonstranten getötet wurden. Die Demonstranten, Bürger, Studenten, Arbeiter und übergelaufene Soldaten errichteten daraufhin am 23. und 24. Februar Barrikaden, König Louis Philippe, der für sich dasselbe Schicksal befürchtete, das sein Vorgänger Ludwig XVI. erlitten hatte, erklärte seinen Rücktritt, floh unter dem einfachen Namen „Mr. Smith“ nach England und machte einer bürgerlich-republikanischen Regierung Platz.¹⁶

Der Funke sprang schneller als je zuvor auf die Nachbarländer über. Besonders im deutschen Südwesten, wo die Presse größere Freiheiten hatte und die politische Diskussion auch in den Landtagen stattfinden konnte, kam es sehr schnell zu ersten Reaktionen.

Demokratische und liberale Diskussion in Baden

In Baden hatte sich die demokratische Bewegung 1846 in eine konstitutionell-liberale (Karl Mathy¹⁷ und Friedrich Daniel Bassermann¹⁸,

¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Junges_Deutschland_%28Literatur%29. Der von der literarischen Strömung zu unterscheidende Geheimbund Junges Deutschland wurde im April 1834 in Bern von fünf Deutschen auf Anregung des italienischen Revolutionärs Giuseppe Mazzini nach dem Vorbild des „Jungen Italien“ gegründet

¹³ http://de.wikipedia.org/wiki/Junges_Italien

¹⁴ Verbot der Schriften des Jungen Deutschland <http://www.heinrich-heine-denkmal.de/dokumente/beschluss.shtml>

¹⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Louis_Philippe (dt.), http://fr.wikipedia.org/wiki/Louis-Philippe_1er (frz.)

¹⁶ Ausführliche zeitgenössische Zeitungsberichte in der Online-Sammlung der Zentral- und Landesbibliothek Berlin <http://www.zlb.de/digitalesammlungen/f4index.php?collection=2&layer=2>

¹⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Mathy

die gemeinsam in Heidelberg die Bassermannsche Verlagsbuchhandlung betrieben) und eine radikal-demokratische (Friedrich Hecker¹⁹ und Gustav Struve²⁰, alle Abgeordnete der II. badischen Kammer) Richtung gespalten. Die Wirtschaftskrise von 1846/47, die im übrigen auch in Frankreich den Boden für die Revolution bereitet hatte, verschaffte den Radikalen bei Bauern und Handwerkern mehr Erfolg als den bürgerlich orientierten Liberalen.

Offenburg

Am 12. September 1847 kamen in Offenburg auf Initiative der Radikalen Hecker und Struve die „entschiedenen Freunde unserer Verfassung“ zusammen²¹. Sie formulierten 13 Forderungen, darunter die Lossagung von den Karlsbader Beschlüssen, die Garantie der Menschenrechte und der politischen Freiheiten, die Einführung von Geschworenengerichten (damit eine Demokratisierung der Justiz) und eines Volksheeres, das auf die Verfassung vereidigt werden sollte. In diesen Forderungen gingen die badischen Radikalen weit über die der Liberalen hinaus. Besonders auf Gustav Struve ist das Verlangen eines Ausgleichs des Missverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital zurückzuführen. Hinter den Forderungen aber stand – mehr oder weniger verhüllt – das Programm einer republikanisch-sozialistischen Umwälzung.

Die Radikalen in Baden hatten, nachdem die Zensur im März 1848 gelockert war, in der „Mannheimer Abendzeitung“ ein Organ, das ihre Ideen und Programme verbreitete.

Heppenheim

Seit 1839 trafen sich regelmäßig Mitglieder der liberalen Opposition, darunter auch Männer wie Hecker, Blum und Bassermann bei Johann Adam von Itzstein²² auf dessen Weingut Hallgarten. Presseorgan für die Liberalen wurde die in Heidelberg im Verlag der Bassermannschen Verlagsbuchhandlung erscheinende „Deutsche Zeitung“²³, die als Leitorgan des aufgeklärten bürgerlichen Liberalismus das offene Ziel verfolgte, „die öffentliche Meinung für die Bedingungen nationaler Einheit und politischer Freiheit“ vorzubereiten“, die dabei aber am Grundkonsens der konstitutionellen Monarchie festhielt. Diese Richtung war allerdings den linken Liberalen, wie z.B. Struve, nicht radikal genug, sie setzten den in Mannheim erscheinenden „Deutschen Zuschauer“ dagegen.

Die gemäßigten Kräfte sahen im Offenburger Programm eine „wirklich freche Kriegserklärung“. Ihre Haltung formulierten sie in den

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Daniel_Bassermann

¹⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Hecker

²⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Struve

²¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Offenburger_Versammlung_1847

²² http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Adam_von_Itzstein

²³ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Zeitung

Programmpunkten einer Versammlung am 10. Oktober 1847 in Heppenheim²⁴.

Die Teilnehmer dieser Heppenheimer Versammlung waren ausschließlich Landtagsabgeordnete des liberalen Lagers, davon über die Hälfte aus Baden, die sich gewissermaßen konspirativ und auf der Grundlage persönlicher Beziehungen trafen und das Programm einer kontinuierlichen und konsequenten Parlamentarisierung des deutschen Bundes und einer Liberalisierung der Verfassungen vertraten. Sie stellten zunächst fest, „dass von der Bundesversammlung, wie sie gegenwärtig besteht, nichts *Ersprößliches* zu erwarten“ sei. Eine „*Vertretung der Nation bei der Bundesversammlung*“ sei daher anzustreben, können aber am besten durch eine Weiterentwicklung des Zollvereins verwirklicht werden²⁵. Am Ende vereinbarte man weitere Treffen zur Durchsetzung der politischen Ziele und veröffentlichte die Beschlüsse in der „Deutschen Zeitung“ und kam überein, in allen deutschen Landtagen möglichst gleichlautende Anträge zur Verwirklichung dieser Ziele zu stellen.

Der Versammlung fand in Heppenheim statt, weil im benachbarten Mannheim ein solches Treffen zu sehr aufgefallen wäre. Andererseits waren die Teilnehmer der Heppenheimer Versammlung durch ihr Landtagsmandat doch zu populär, als dass sie Opfer von Repressalien hätten werden können.

Heppenheim kann nach den neueren Forschungen nicht länger als die Antwort der Gemäßigten auf die Offenburger Versammlung angesehen werden, mit der den Radikalen das Feld nicht kampflos überlassen werden sollte²⁶, sondern war ein lang geplanter und klug berechneter Schachzug in Richtung auf die deutsche Einheit²⁷. Die Versammlung galt in der Öffentlichkeit als ein erster Kongress zur Erfüllung der offenen nationalen deutschen Frage.

Das Programm der Heppenheimer Versammlung enthält nichts substanziell Anderes als das Programm der Offenburger: die Notwendigkeit der deutschen Einigung in Freiheit und politischer Gleichberechtigung stand im Vordergrund; Freiheit und Gleichberechtigung äußerten sich nicht nur in demokratischer Mitbestimmung, sondern auch in bürgerlich-politischen Grundrechten. Die 13 „Forderungen des Volkes“ sind vor allem deshalb radikaler, weil die Versammlung eine wesentlich größere Öffentlichkeit hatte. Den Mitgliedern der Landtage lag naturgemäß mehr am Gespräch mit den Regierenden, während die Offenburger Versammlung fast schon auf revolutionäre Umwälzung zusteuerte.

²⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Heppenheimer_Versammlung

²⁵ Zitate nach Karl Mathy, Bericht über die Heppenheimer Tagung. Vormärz und Revolution 1840 – 1849 S. 239ff.

²⁶ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte 2 S. 450

²⁷ Hoede, Heppenheimer Versammlung S. 55ff.

Wie in Heppenheim vereinbart²⁸ legte der Mannheimer Abgeordnete Friedrich Bassermann der II. Kammer der Badischen Landstände in Karlsruhe am 12. Februar 1848 einen Antrag auf die Schaffung einer deutschen Nationalvertretung beim Deutschen Bund, eines gewählten Parlamentes also, vor; er begründete sein Vorgehen, es sei hohe Zeit zur Umkehr²⁹.

Die politische Stimmung in Baden war also bereits aufgeheizt, als im Februar 1848 der Aufstand in Paris ausbrach. Bereits am 27. Februar wurde in Mannheim eine ohnehin angesetzte Bürgerversammlung zur politischen Demonstration umfunktioniert, die Teilnehmer richteten freiheitliche Forderungen an die Regierung in Karlsruhe³⁰. Die breite Zustimmung zu den Forderungen der Demokraten nach Volksbewaffnung, Pressefreiheit und einem deutschen Parlament zeigte sich am 1. März bei einer Demonstration vor dem Ständehaus in Karlsruhe (dem Parlament) und am 19. März bei einer Volksversammlung in Offenburg mit 20 000 Teilnehmern. Inzwischen waren aber von der liberalen Regierung bereits – um die Mannheimer Revolution in kontrollierbare Bahnen zu lenken³¹ – am 29. Februar die ersten Forderungen erfüllt worden (Pressefreiheit, Geschworenengerichte und Bürgerbewaffnung), am 2. März beschloss die II. Kammer die weiteren demokratischen Reformen.

Am 5. März kamen in Heidelberg 51 Mitglieder der süddeutschen Landtage zusammen³² und luden Liberale aus ganz Deutschland nach Frankfurt ein, um dort eine Verfassungsgebende Nationalversammlung vorzubereiten. Bis zum Zusammentritt dieses „Vorparlamentes“ sollte aber die Revolution ihre eigene Dynamik entwickeln.

Verfolgten die Liberalen also eine Politik der parlamentarischen Repräsentation, die die bestehenden Strukturen fortentwickeln wollte und letztendlich auf die Einbindung der Monarchie in eine liberale Verfassung zusteuerte, setzten die Radikalen eher auf die Kraft einer Volksbewegung, die „nach einem parlamentarischen Sieg in Karlsruhe, dann in einem deutschen Parlament“ ebenso notwendig zur Errichtung der Republik führen sollte³³.

Sie konnten sich mit liberalen Zugeständnissen nicht recht zufrieden geben und forderten daher auf einer Volksversammlung, wie im September 1847 wieder in Offenburg, am 19. März 1848 die Weiterführung der Revolution, den Sturz der Monarchien und die Gründung einer deutschen Republik³⁴.

²⁸ Friedrich Bassermann, Denkwürdigkeiten, nach Deuchert, Vom Hambacher Fest... S. 260 Anm. 2

²⁹ Vormärz und Revolution 1840 – 1849 S. 253ff. Am 28. Februar wurde im hessendarmstädtischen Landtag Gleiches beantragt. Ebde. S. 260f.

³⁰ Vormärz und Revolution 1840 – 1849 S. 264f.

³¹ so die ausführliche Darstellung Vollmer, Traum von der Freiheit S. 37f.

³² http://de.wikipedia.org/wiki/Heidelberger_Versammlung. Die „Heidelberger Erklärung der 51“ Vormärz und Revolution 1840 – 1849 S. 271f. Zur Heidelberger Versammlung Enghausen/Hepp, Auf dem Weg zur Paulskirche.

³³ Deuchert, Vom Hambacher Fest..., S. 261

³⁴ Beschlüsse der Volksversammlung zu Offenburg, 19. März 1848. Grab, Revolution S. 61f

Der Gegensatz zu den eher konstitutionell und evolutionär³⁵ arbeitenden Liberalen war unübersehbar geworden.

Der Ausbruch der Revolution

Die Nachrichten aus Frankreich und aus Baden wurden von der bürgerlich-liberalen Opposition in den Landtagen aufgegriffen und mobilisierten schnell die Bevölkerung. In den Residenzstädten der Fürstentümer versammelte sich das Volk und machte aus der parlamentarischen Bewegung eine echte Massenbewegung. Die Forderungen waren nicht neu – sie waren schon seit Jahren immer wieder von den Liberalen erhoben worden: Presse- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Verantwortlichkeit der Minister gegenüber einem Parlament, liberale Verfassungen überhaupt und ein gesamtdeutsches Parlament („Märzforderungen“). Symbole der Unterdrückung, wie Polizeiwachen oder Gefängnisse, wurden gestürmt, das eingesetzte Militär antwortete mit Gegengewalt. Die führende Rolle in der Erhebung war dabei, von den in den Landtagen vertretenen Liberalen auf das Volk überzugehen. Die Fürsten der Klein- und Mittelstaaten wichen zunächst zurück, erkannten die „Märzforderungen“ an und beriefen liberale „Märzminister“³⁶. Auch in Württemberg entstand so das erste parlamentarische Ministerium. In einer Reihe von deutschen Staaten wurden in kurzer Zeit liberale Verfassungen eingeführt.

Auch der Bundestag in Frankfurt wich erschreckt vor der Volksbewegung zurück, erkannte die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung an und erklärte die Farben Schwarz-Rot-Gold zu den Farben Deutschlands.

Auch in den Großstädten Wien und Berlin wurden liberale Forderungen erhoben³⁷. Als der Wiener Staatsrat unter der Leitung des Fürsten Metternich liberale Konzessionen verweigerte, kam es zu Demonstrationen und am 13. März zu Straßenkämpfen. Noch am selben Abend musste Metternich, der zur Symbolfigur für die Reaktion geworden war³⁸, Österreich verlassen, der Kaiser gestand wichtige Rechte zu³⁹.

Das besondere Problem Österreichs bestand aber in der Vielfalt seiner Nationalitäten. Die Ungarn verlangten für ihren Teilstaat eine liberale Verfassung und erzwangen noch im selben Monat das Zugeständnis einer

³⁵ Mommsen, 1848, S. 130

³⁶ z.B. Proklamation des neuernannten sächsischen Märzministeriums vom 16. März 1848. Grab, Revolution S. 52

³⁷ Zur Revolution in Österreich allgemein die digitale Quellensammlung der Österreichischen Nationalbibliothek Wien http://www.onb.ac.at/sammlungen/plakate/flugblaetter/1848_frs.htm, aus der die einzelnen Stücke nur in besonders gelagerten Fällen hier verwiesen sind.

³⁸ „*der große Puppenspieler, der Blindenführer und Ohrenbläser der Könige und Fürsten*“. Fürst Metternich (Auszug aus den Seebättern), undatierte Flugschrift in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (1-175) <http://www.zlb.de/digitalesammlungen/Friedlaender/1/0175.pdf>

³⁹ Kundmachung über die Zugeständnisse des kaiserlichen Hofes nach dem Wiener Volksaufstand. Grab, Revolution S. 49

eigenen Armee, einer eigenständigen Finanz- und Außenpolitik und eines eigenen Parlamentes. Auch die Slawen forderten, so auf dem Kongress der slawischen Nationalbewegung im Juni 1848 in Prag – innerhalb der Habsburgermonarchie rechtlich gleichgestellt zu werden. Insgesamt drohten diese nationalen Bewegungen (neben Ungarn und Tschechen auch Polen und Italiener) das Reich zu zerreißen.

In Preußen war den Nachrichten aus Paris und Wien ein Verfassungsstreit vorausgegangen, der mit der Auflösung des Vereinigten Landtags durch König Friedrich Wilhelm IV.⁴⁰ beendet bzw. niedergeschlagen worden war. Die Forderung nach einer Volksvertretung mit dem Recht, Haushaltsmittel zu beschließen, war daher sehr aktuell, zumal das Ausbleiben staatlicher Geldmittel die soziale Krise noch verschärfte.

Auf die Nachrichten aus Wien kam es Anfang März auch in Berlin zu Kundgebungen, die immer größere Massen von Arbeitern und Bürgern anzogen. Eine „Friedensmanifestation der Volkswünsche“ vom 17. März verlangte den Rückzug der zum Schutz des Königs zusammengezogenen Truppen und die Aufstellung einer Bürgergarde und forderte Pressefreiheit und die Einberufung des Vereinigten Landtages. Der König versprach daraufhin – wohl um ohne Machtkampf der Revolution die Spitze zu brechen – die weitgehende Erfüllung der Forderungen und gestand die Einberufung des Landtags⁴¹, die Einführung der Pressefreiheit⁴², die Beseitigung der Zollschranken und eine Reform des Deutschen Bundes zu.

Daraufhin versammelte sich am 18. März die Volksmenge vor dem Berliner Schloss, um dem König für das Zugeständnis einer zeitgemäßen Verfassung zu danken. Wohl aus einer Kurzschlusshandlung heraus fielen Schüsse, als Militär den Platz räumen wollte.

Der Tod von Demonstranten ließ die anfängliche Sympathie für den König umschlagen, und es kam auch in Berlin zu Barrikaden- und Straßenkämpfen. Der König wich jedoch zurück, erwies den gefallenen Demonstranten am folgenden Tag die letzte Ehre⁴³ und solidarisierte sich auf diese Weise mit der Revolution und ihren Forderungen. Er berief ein liberales Ministerium, erklärte „*Preußen geht fortan in Deutschland auf!*“⁴⁴ und trug bei einem Umritt am Arm die schwarz-rot-goldene Binde, das Symbol der Revolution. Für die reaktionären Kräfte war damit der Tiefpunkt der Monarchie erreicht. Gleichzeitig beanspruchte er jedoch in seinen Proklamationen bereits die Führungsrolle in der deutschen nationalen Einheitsbewegung.

⁴⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Wilhelm_IV._%28Preu%C3%9Fen%29

⁴¹ Patent Sr. Majestät der Königs von Preußen Friedrich Wilhelm IV., wegen Einberufung des [preußischen] Vereinigten Landtages Vom 14. März 1848
http://www.documentarchiv.de/nzjh/preussen/1848/vereinigter-landtag-einberuf_patent.html

⁴² Preußisches Pressgesetz, 17. März 1848. Grab, Revolution S. 53f.

⁴³ <http://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%A4rzgefallene>

⁴⁴ http://www.documentarchiv.de/nzjh/preussen/1848/friedrich-wilhelmIV-volk-dt-nation_prkla.html. Grab, Revolution S. 59f.

Die Abgeordneten des wieder einberufenen Vereinigten Landtages beschlossen die Wahl einer preußischen Nationalversammlung, die gemeinsam mit dem König eine Verfassung ausarbeiten sollte. In der daraufhin durchgeführten Wahl zeigte sich das Übergewicht der gemäßigten konstitutionellen Kräfte, die Radikalen blieben in der Minderheit.

So war der März 1848 der Monat, in dem sich auf breiter Front die Vertreter des alten Systems dem Druck sowohl der radikalen als auch der gemäßigten Kräfte beugten.

Das „Vorparlament“ in Frankfurt

Neben diese Volksbewegungen in den beiden Hauptstädten Wien und Berlin trat Ende März das Frankfurter „Vorparlament“⁴⁵, hervorgegangen aus der Einladung der Heidelberger Liberalen. Unter Führung des hessischen Liberalen Heinrich von Gagern⁴⁶ strebte das Vorparlament allerdings keinen revolutionären Umbruch, sondern die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung an, die in Übereinstimmung mit den Regierungen der Einzelstaaten vor sich gehen sollte. Wie die Versammlung der Heidelberger Liberalen war auch dieses „Vorparlament“ noch nicht durch demokratische Wahlen oder durch Zustimmung der Fürsten legitimiert, sah sich aber doch als Vertretung des ganzen deutschen Volkes an.

Als Ausdruck ihres „gesamtdeutschen“ Programms beschloss das Vorparlament die Aufnahme Schlesiens und Ost- und Westpreußens in den Rahmen des künftigen Deutschlands. Nachdem ein „Fünzigerausschuss“ als Übergangsorgan bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung eingesetzt war, löste sich das Vorparlament am 3. April wieder auf. Der Deutsche Bund erkannte unter dem Druck der Verhältnisse die bestehende Lage an, und so konnte die Wahl in allen deutschen Staaten nach demokratischen Prinzipien durchgeführt werden.

Bereits im Vorparlament prallten die gegensätzlichen Auffassungen von der künftigen politischen Organisation Deutschlands unversöhnlich aufeinander. Die radikalen Demokraten unter der Führung Gustav Struves aus Mannheim forderten die Errichtung einer demokratischen Republik mit einem frei gewählten Parlament und die Aufhebung der erblichen Monarchie⁴⁷. Die gemäßigten Liberalen dagegen hielten an der Monarchie fest, forderten aber ihre Einbindung in eine demokratische Verfassung. Gemeinsam war ihnen die Forderung, die deutsche Kleinstaaterei zugunsten eines deutschen Nationalstaates zu überwinden.⁴⁸ Statt, wie die Linke gefordert hatte, das Vorparlament bis zum Zusammentritt der

⁴⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Vorparlament>

⁴⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_von_Gagern

⁴⁷ Der Antrag Struves, 31. März 1848. Grab, Revolution S. 67ff

⁴⁸ Die Beschlüsse des Vorparlaments, 31. März und 1. bis 4. April 1848. Grab, Revolution S. 70ff.

Nationalversammlung permanent tagen zu lassen, wurde ein Fünzig-Ausschuss gewählt, der vor allem die Verhandlungen mit der Bundesversammlung des deutschen Bundes führen sollte.

Die in Baden bereits aufgeheizte Stimmung, die auf den Sturz der Regierung als Höhepunkt zusteuerte, erlitt einen schweren Dämpfer, als Karl Mathy, einer der Liberalen im Vorparlament, ohne „offiziellen“ Auftrag den Führer der Radikalen, Josef Fickler⁴⁹, in Karlsruhe verhaftete. Fickler hatte bereits Kontakt zu Interventionstruppen und zu möglichen militärischen Führern eines bewaffneten Volksaufstands aufgenommen. Durch seine Festsetzung allerdings verlor die radikale Bewegung ihren führenden Kopf, und Hecker und Struve mussten schnell auf eigene Faust agieren, um den Aufstand doch noch zu inszenieren.

Hecker und Struve, die erkannt hatten, dass die Mehrheit im Vorparlament ihre radikalen Vorstellungen nicht akzeptierte, organisierten am 13. April von Konstanz aus, der Heimat Ficklers, wo der Rückhalt für die Volksbewegung sehr hoch war, einen bewaffneten Volkszug über den Schwarzwald (Heckerzug⁵⁰). Vermittlungsversuche des Vorparlaments blieben ergebnislos, aber auch Heckers Hoffnung auf eine allgemeine Volkserhebung zugunsten der deutschen Republik erwies sich als Illusion. Der Heckerzug wurde in einzelnen Gefechten bei Kandern, Freiburg und Steinen (20. bis 27. April) von badischen und hessischen Truppen geschlagen, Hecker, Struve und viele ihrer Anhänger flohen in die Schweiz, einige von ihnen, darunter Hecker selbst, wanderten später nach Amerika aus.

Der Heckerzug war zwar ein Misserfolg, aber die Popularität der Demokraten wuchs in Baden. Die Obrigkeit sah sich nach der endgültigen Niederschlagung der Revolution genötigt, „Heckerlieder“⁵¹, in denen der Revolutionär als Volksheld gefeiert wurde, zu verbieten.

Struve rief im September 1848 in Lörrach die deutsche Republik aus, wurde aber nach wenigen Tagen bei Staufen gleichfalls geschlagen (24. September).

Die Verfassunggebende Nationalversammlung

Am 18. Mai trat in der Frankfurter Paulskirche⁵² die Verfassunggebende Nationalversammlung als erstes frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament zusammen. Wie die Versammlung des Dritten Standes in

⁴⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Fickler

⁵⁰ <http://de.wikipedia.org/wiki/Heckeraufstand>

⁵¹ z.B. <http://de.wikisource.org/wiki/Heckerlied>, Druck u.a. bei Dressen, Bürgerkrieg in Baden S. 70ff.

⁵² Paulskirche, klassizistischer Kirchenbau, erbaut 1789 – 1833, diente bis 1944 als evangelische Hauptkirche Frankfurts. Das Gebäude wurde als Tagungsort der Nationalversammlung auf Grund seiner auf den Altar ausgerichteten Zentralbauweise ausgewählt.
http://de.wikipedia.org/wiki/Frankfurter_Paulskirche#Die_Paulskirche_als_Tagungsort_der_Nationalversammlung

Frankreich 1789 war auch die deutsche Nationalversammlung ein Parlament des Großbürgertums und der Akademiker, in dem vor allem Männer saßen, die auch schon in den Landtagen Sitz und Stimme hatten. Unter den insgesamt 586 Abgeordneten befanden sich 223 Juristen, 106 Professoren, 46 Industrielle, aber nur 4 Handwerker und keine Arbeiter oder Bauern. Der Anspruch, dass alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig repräsentiert sein sollten, wurde nicht erhoben. Die Kritik an der Nationalversammlung kam im wesentlichen von der politischen Seite⁵³, erst als sie ihre Unfähigkeit zur Lösung der sozialen Probleme zeigte, trat auch die soziale Kritik dazu.

Für die badischen Liberalen, die eben die Konfrontation mit den Radikalen für sich entschieden und in Karlsruhe eine liberale Regierung der konstitutionellen Monarchie errichtet hatten, war die Wahl ein Debakel. Von den 20 badischen Abgeordneten gehörten 14 der äußersten Linken an, die übrigen dem Zentrum. Bassermann und Mathy, die führenden Köpfe, konnten nur in außerbadischen Wahlkreisen einen Sitz erringen⁵⁴. Im übrigen Deutschland waren die „Demokraten“ in einem Streifen von „Rheinpreußen“, vom Rhein-Main-Gebiet über Thüringen und Sachsen bis nach Schlesien vertreten, der Rest Preußens, der Nordwesten und der bayerisch-österreichische Südosten wählte fast durchweg „konstitutionell“⁵⁵.

Unter den Mitgliedern der Nationalversammlung waren so berühmte Gelehrte wie

- Ernst Moritz Arndt⁵⁶, Schriftsteller, Publizist und Professor für Geschichte in Bonn,
- Friedrich Ludwig Jahn⁵⁷, Begründer der „Turnbewegung“ (allerdings als vormilitärische Erziehung der Jugend für den Befreiungskampf gegen das napoleonische Frankreich),
- Jakob Grimm⁵⁸, Germanist, nicht nur Märchensammler, sondern auch Sprachforscher („Grimms Deutsches Wörterbuch“)
- Ludwig Uhland⁵⁹, schwäbischer Dichter,
- Wilhelm Emmanuel Ketteler⁶⁰, führender Vertreter der katholischen Soziallehre, 1850 Bischof von Mainz.

Die Reichsverfassung

⁵³ Kritische Karikaturen bei <http://www.landeskunde-online.de/rhein/geschichte/1848/kritik.htm>

⁵⁴ Deuchert, Vom Hambacher Fest... S. 270f

⁵⁵ Vollmer, Der Traum von der Freiheit S. 140

⁵⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Moritz_Arndt

⁵⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Ludwig_Jahn

⁵⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Jakob_Grimm

⁵⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Uhland

⁶⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Emanuel_von_Ketteler

In der Diskussion über die zukünftige Struktur Deutschlands bildeten sich politische Gruppierungen, die zunächst – wie die Clubs der Französischen Revolution – nach ihren Tagungsorten genannt wurden: Die Konservativen tagten im Café Milani, die Liberalen im Kasino und im Württemberger Hof, die Demokraten im Deutschen Hof. Als Begriffsschema der politischen Struktur hat sich allerdings die Sitzordnung in der Nationalversammlung gehalten: Rechts saßen die Konservativen, links die republikanisch gesinnten Demokraten, in der Mitte, in sich gespalten, das liberale Zentrum. Diese Sitzordnung wiederum geht auf die Badische Zweite Kammer zurück, wo schon 1843 die politischen Gesinnungsfreunde beieinandersaßen, während zur selben Zeit in Württemberg noch die traditionell vorgeschriebene Sitzordnung galt.

Die Konservativen vertraten weiterhin den Gedanken der föderalistischen Ordnung, also den der Beibehaltung der Einzelstaaten. Die Demokraten forderten die Auflösung der Einzelstaaten zugunsten einer zentralistischen deutschen Republik. Das rechte Liberale Zentrum wollte die Bundesstaaten in die konstitutionelle Ordnung einbinden, während das linke Zentrum die Rolle des Parlaments im Einheitsstaat noch weiter zu stärken suchte.

Die künftige Verfassung des Deutschen Reiches wurde am 28. Juni 1848 durch die Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt als Exekutive, als militärische Führung und als völkerrechtliche Vertretung vorentschieden⁶¹. Die Frage des Staatsoberhauptes wurde vom Präsidenten der Versammlung, Heinrich von Gagern, mit einem „kühnen Griff“ gelöst, indem er den beim Volk beliebten österreichischen Erzherzog Johann⁶² zum Reichsverweser wählen ließ. Er sollte bis zur endgültigen Entscheidung die Spitze des neuen Staates bilden. Die gleichfalls gewählten Minister blieben allerdings – wie er – ohne wirkliche Macht, da die neue Reichsregierung noch ohne alle Machtmittel war. Trotz der Weigerung der österreichischen und der preußischen Regierung, ihre Truppen auf den neuen Reichsverweser zu vereidigen, übertrug der Deutsche Bund seine (ohnehin geringen) Befugnisse auf Nationalversammlung und Regierung und löste sich auf⁶³.

Die Rechte allerdings, die der Reichsverweser hatte, insbesondere dass er sich nicht vor der Nationalversammlung verantworten musste, stießen auf heftige Kritik der Linken, die darin einen Verlust an Souveränität des Volkes und einen Rückschritt in alte monarchische Begriffsweisen sahen⁶⁴.

Unter den Beratungen zur Reichsverfassung nahm die Diskussion über die Grundrechte⁶⁵ breiten Raum ein. Sie war geprägt von der zurückliegenden

⁶¹ Beschluss der Frankfurter Nationalversammlung über die Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt, 28. Juni 1848. Grab, Revolution S. 126

⁶² http://de.wikipedia.org/wiki/Erzherzog_Johann

⁶³ Mitteilung des Präsidialgesandten des Bundestags über die Übertragung von dessen Zuständigkeiten auf die provisorische Zentralgewalt und den Reichsverweser, 12. Juli 1848. Grab, Revolution S. 136

⁶⁴ Kundmachung der äußersten Linken der Frankfurter Nationalversammlung, 1. Juli 1848. Grab, Revolution 1848 S. 127

⁶⁵ http://www.documentarchiv.de/nzjh/1848/grundrechte1848_ges.html. Abbildung des Schau-Plakats und des handschriftlichen Originals mit des Unterschriften des Erzherzogs Johann

langen Zeit der Unterdrückung und wollte Würde, Gleichheit und die politischen Rechte der Menschen gesetzlich verankern. Die Grundrechte, diskutiert in den Monaten Juli bis Oktober und im Dezember als Gesetz verkündet, sind die erste derartige Ausformulierung in Deutschland und bis heute vorbildlich für alle demokratischen Verfassungen in Deutschland.

Der Katalog der Grundrechte garantiert die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat: Die Freiheit der Person („... *ist unverletzlich*“, § 2), der Meinung („*Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und Bild seine Meinung frei zu äußern.*“, § 13) und des Glaubens, sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit (§ 29 und § 30). Alle Deutschen haben eine gemeinsame Staatsbürgerschaft und genießen gleiche Rechte vor dem Gesetz („Der Adel als Stand ist aufgehoben [...] Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.“ § 7). Unverletzlichkeit der Wohnung und Briefgeheimnis grenzen das Zugriffsrecht des Staates, der in jüngster Vergangenheit als Polizeistaat erfahren worden war, ein. Die Gewaltenteilung sollte diese Freiheiten vor dem Staat absichern. Gegen die Vorstellungen der Radikalen wurde aber auch das Eigentum für unverletzlich erklärt.

Die Reichsverfassung vom März 1849⁶⁶ vereinigte zentralistische (unitarische) mit föderalistischen und demokratische mit monarchischen Prinzipien: Spitze des Reiches war ein Erbkaiser, der zugleich König von Preußen war. Der Reichstag teilte sich in zwei Kammern, ein Staatenhaus mit den Vertretern der Regierungen und ein direkt gewähltes Volkshaus. Reichsangelegenheiten waren die Außenpolitik, die Verfügung über das Militär und wirtschaftliche Belange des Gesamtstaates (Zoll, Handel, Münzen und Maße). Reichsrecht sollte Landesrecht brechen.

Das demokratische Prinzip äußerte sich im allgemeinen und gleichen Wahlrecht zum Volkshaus. Dieses wirkte bei der Gesetzgebung mit und kontrollierte die Reichsregierung. Die Reichsminister sollten dem Reichstag gegenüber verantwortlich sein.

Probleme und Schwierigkeiten der Nationalversammlung

Die Schwierigkeiten, denen sich die Verfassungsgebende Nationalversammlung gegenüber sah, wurden allerdings in der Zwischenzeit immer größer: Sozialrevolutionäre Gärungen ließen das Bürgertum vor dem „Gespenst des Kommunismus“ zurückschrecken (vor allem seit dem Juni-Aufstand, der „Juni-Schlacht“ der Pariser Arbeiter). Der Widerstand vor allem Österreichs gegen die Pläne für einen deutschen

als Reichsverweser und der Reichsminister
http://www.bundesarchiv.de/aufgaben_organisation/abteilungen/erinnerungsstaette/00772/index.html. Das Plakat auch
http://www.dhm.de/lemo/objekte/pict/Nachkriegsjahre_druckGrundrechteDesdeutschenVolkes/index.html

⁶⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Paulskirchenverfassung>. Der Text
<http://www.documentarchiv.de/nzjh/verfdr1848.htm> und
<http://www.verfassungen.de/de/de06-66/verfassung48.htm>. Originaltext als Grafik
<http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/que/normal/que835.pdf>. Grab, Revolution S. 232ff.

Nationalstaat wurde immer massiver, da dieser Nationalstaat den Vielvölkerstaat Österreich zerbrochen hätte. Vor allem aber war es die Schleswig-Holstein-Frage, die das Vertrauen der Nationalversammlung in die Bereitschaft der preußischen Regierung zur Zusammenarbeit entscheidend schwächte.

Hier geht es um die Frage der Einbeziehung des Herzogtums Holstein in das nationalstaatliche Dänemark. Einerseits gehörte Holstein zum Deutschen Bund, andererseits zu Dänemark, d. h. der Dänenkönig war mit Holstein Mitglied des Deutschen Bundes. Das nördlich angrenzende Herzogtum Schleswig sollte in den dänischen Staat integriert werden, was aber das Grundgesetz der beiden Herzogtümer (Realunion miteinander – „up ewich ungedeelt“⁶⁷) verletzt hätte. Der Einführung der dänischen Verfassung in Schleswig antworteten die Deutschen mit einem Aufstand, der einen Feldzug Preußens gegen Dänemark im Auftrag des Deutschen Bundes nach sich zog. Auf Intervention der Großmächte jedoch schloss Preußen mit Dänemark im Mai einen Waffenstillstand. Damit verletzte Preußen sowohl die Weisungen des Reichsverwesers als auch das Votum der Nationalversammlung. Im Anschluss an eine Massenkundgebung in Frankfurt, die gegen die (notgedrungen) zustimmende Haltung der Nationalversammlung gerichtet war⁶⁸, kam es zu Barrikadenkämpfen, zu deren Niederschlagung die Nationalversammlung Bundestruppen zu Hilfe rief (18. September)⁶⁹. Das schwächte ihr Ansehen bei den radikalen Demokraten weiter⁷⁰.

Die nationale Frage bot auch in der Diskussion, ob Deutschland „großdeutsch“, d. h. mit, oder „kleindeutsch“, ohne Österreich gebildet werden solle, Zündstoff, der die Gruppierungen trennte.

Grundlage der Diskussion war hier, dass sowohl Preußen als auch Österreich Gebiete unter ihrer Krone vereinigten, die nicht zum Deutschen Bund gehörten: Posen und Westpreußen (Preußen), Ungarn, Kroatien und ebenfalls polnische Gebiete (Österreich). Diese Gebiete alle zu einem neu zu schaffenden Deutschland hinzu zu nehmen, verbot die Nationalstaatsidee und hätte sich auch kaum gegen diese Nationalitäten durchsetzen lassen. Dann aber ließ sich die großdeutsche Lösung mit dem Fortbestand der österreichischen Monarchie nicht vereinbaren⁷¹, da den nichtdeutschen Völkern, wie Tschechen und Kroaten, dieselben nationalstaatlichen Rechte zugestanden hätten werden müssen. Zum anderen konnte die Einbeziehung beider Großmächte in ein neues Deutschland dieses nur mit deren gegenseitiger Rivalität belasten. Daher

⁶⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Ripen (1460)

⁶⁸ Ludwig Simons Rede bei der Volksversammlung auf der Frankfurter Pfingstweide nach der Ratifizierung des Malmöer Waffenstillstands durch die Nationalversammlung, 17. September 1848. Grab, Revolution, S. 161f. Der Beschluss der Volksversammlung ebd. S. 162f.

⁶⁹ Offizielle Darstellung des Frankfurter Volksaufstands, 22. September 1848. Grab, Revolution S. 164ff.

⁷⁰ <http://www.landeskunde-online.de/rhein/geschichte/1848/september.htm>

⁷¹ Rede des Abgeordneten Heinrich von Gagern über den engeren und weiteren Bund, 26. Oktober 1848. Vormärz und Revolution 1840 – 1849 S. 361ff.

zeichnete sich bald die von Preußen favorisierte kleindeutsche Lösung als einzig praktikable ab.

Diese Diskussion sollte von Österreich selbst entschieden werden: Nachdem der österreichische Kanzler Fürst Schwarzenberg Anfang März ultimativ die Aufnahme des gesamten Staates gefordert hatte, einigte sich die Nationalversammlung mit 290:248 Stimmen auf die kleindeutsche Lösung. Die Vertreter der großdeutschen Richtung wurden dabei mit Zugeständnissen in der Frage des Wahlrechts und der Stellung des Kaisers im Gang der Gesetzgebung gewonnen.

Das Verfassungswerk der Paulskirche sollte mit der am 28. März erfolgten Wahl des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser gekrönt werden.

Die Reaktion in Preußen

In Preußen hatte die Märzrevolution dem König das Zugeständnis zur Einberufung eines neuen Landtags abgerungen⁷². Dieser Landtag war jedoch nicht so botmäßig, wie der König sich das gewünscht hatte, sondern legte mit der „Charte Waldeck“ nicht nur einen eigenen Verfassungsentwurf für das Land vor, sondern einigte sich auch mehrheitlich auf die Einrichtung einer Untersuchungskommission, die die blutigen Vorfälle in Schweidnitz⁷³ (Swidnice, Schlesien) und insbesondere die Rolle der preußischen Armee daran aufklären sollte⁷⁴. Der ebenfalls mehrheitlich angenommene Zusatz, dass die Offiziere der Armee „allen reactionairen Bestrebungen fern bleiben“ sollten, wurde jedoch vom Staatministerium zurückgewiesen⁷⁵. Der König sah diesen Beschluss „als ungesetzlich und mit einer verfassungsmäßigen Monarchie unvereinbar“⁷⁶ an und richtete sich auf eine verschärfte Konfrontation ein und sah in dem Sieg seiner Auffassung die letzte Möglichkeit, „um den Thron, Preußen, Teutschland, ja den Begriff der von Gott eingesetzten Obrigkeit in Europa zu retten“⁷⁷.

⁷² Bescheid Sr. Majestät des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm IV. über die Einführung einer konstitutionellen Verfassung (22.03.1848), http://www.documentArchiv.de/nzjh/preussen/1848/friedrich-wilhelmIV-verfassung_prkla.html

⁷³ http://pom.bbaw.de/JDG/frameset_idg.html?http://pom.bbaw.de/JDG/browse?id=JRE0949IX&year=1933-34

⁷⁴ „Antrag Stein“ [Anti-Reaktions-Beschluss der preußischen verfassungsgebenden Nationalversammlung] (09.08.1848), <http://www.documentArchiv.de/nzjh/preussen/1848/antrag-stein.html>

⁷⁵ Schreiben des preußischen Staatsministeriums von Auerswald an den Präsidenten der preußischen verfassungsgebenden Nationalversammlung (02.09.1848), http://www.documentArchiv.de/nzjh/preussen/1848/antrag-stein-staatsministerium_schr.html

⁷⁶ Kampfprogramm Friedrich Wilhelms IV. (11.09.1848), <http://www.documentArchiv.de/nzjh/preussen/1848/friedrich-wilhelmIV-kampfprogramm.html>

⁷⁷ Denkschrift Friedrich Wilhelms IV. über die preußische Staatsverfassung (15.09.1848), http://www.documentArchiv.de/nzjh/preussen/1848/preussische-verfassung_denkschrift.html

Schon am 1. November hatten österreichische Regierungstruppen das seit Anfang Oktober aufständische Wien wieder erobert⁷⁸ und mit der Hinrichtung des Abgeordneten der Nationalversammlung Robert Blum⁷⁹ am 9. November gezeigt, dass sie sich nicht um Verfassungsprinzipien und die Nationalversammlung scherten.

Auch Friedrich Wilhelm IV. gewann mit der Einnahme Berlins durch seine Truppen am 10. November 1848 wieder volle Kontrolle über seine Hauptstadt. Seine erzwungene Solidarität mit der Revolution, die er im März gezeigt hatte, wich jetzt der offenen Gegenrevolution. Die preußische Nationalversammlung, ein Werk der Revolution, wurde am 5. Dezember aufgelöst, der König oktroyierte gleichzeitig eine reaktionäre Verfassung⁸⁰.

Unter diesen Umständen war die Lage der Nationalversammlung in Frankfurt bereits aussichtslos geworden. Die mehrheitliche Entscheidung für die kleindeutsche Lösung bot keine Alternative zur Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Deutschen Kaiser, da er als Vertreter des größten und stärksten Landes sich einerseits kaum einem anderen Fürsten untergeordnet hätte und andererseits in dieser Eigenschaft ohnehin nach Ansicht der Parlamentarier zur Führung berufen war⁸¹. Obwohl er sich also mittlerweile als erklärter Gegner der Revolution gezeigt hatte⁸², führte für die Nationalversammlung kein Weg daran vorbei, ihn zum Kaiser zu wählen.

Als jedoch am 3. April 1849 die Delegation der Nationalversammlung Friedrich Wilhelm von Preußen die Kaiserkrone anbot⁸³, lehnte er sie – wie er es schon im Dezember angedeutet hatte – als „*imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, mit dem Ludergeruch der Revolution behaftet*“⁸⁴, ab und machte gleichzeitig deutlich, dass das Werk der deutschen Einigung nur von der Seite der Fürsten zu kommen habe⁸⁵.

⁷⁸ Zeitungen dieser Tage im Faksimile <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=kfz&datum=18481102&zoom=2>

⁷⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Blum, <http://www.landeskunde-online.de/rhein/geschichte/1848/blum.htm>

⁸⁰ oktroyiert: aufgezwungen; das altertümliche Fremdwort bleibt Fachausdruck – „Verfassungsoktroy“. Text unter <http://www.documentArchiv.de/nzjh/verfpr1848.html>. Grab, Revolution S. 209ff.

⁸¹ „... und der Mächtigste sei Kaiser.“ Marquard Barth am 18. Januar 1849 in der Nationalversammlung. Vormärz und Revolution 1840 - 1849

⁸² Das vielzitierte Schreiben Friedrich Wilhelms IV. an den Botschafter in London, v. Bunsen, über Gottesgnadentum, Kaiserwürde und Revolution v. 13. Dezember 1848 bei Leopold v. Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, Leipzig 1874, S. 147-149, Auszug bei Grab, Revolution S. 225f.

⁸³ Ansprache des Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung Eduard Simson beim Empfang der Kaiserdeputierten durch den König von Preußen, 3. April 1849. Grab, Revolution S. 261

⁸⁴ Das Zitat in dem oben erwähnten Brief an Bunsen.

⁸⁵ Die Antwort Friedrich Wilhelms IV. an die Deputation der Nationalversammlung, 3. April 1849. Grab, Revolution S. 262

Das Ende der Revolution

Die Haltung des Preußenkönigs stärkte den Widerstand der anderen Regierungen, die die Reichsverfassung ablehnten und ihre Abgeordneten aus Frankfurt zurückriefen. 28 kleinere Staaten allerdings griffen die Worte des Preußenkönigs auf, dass er die Annahme der angebotenen Kaiserkrone von einem klaren Votum der Fürsten abhängig machen würde und erklärten Mitte April ihre Zustimmung⁸⁶. Aber auch die formelle Anerkennung der Verfassung durch Württemberg (25. April) und Baden (4. Mai) konnte am Zusammenbruch des Werkes der Nationalversammlung nichts ändern. In Frankfurt blieben fast nur noch die Vertreter der demokratischen Linken und riefen das Volk zur Fortsetzung der Revolution und zum bewaffneten Widerstand auf. Dieses „Rumpfparlament“ zog sich im Mai vor den preußischen Truppen nach Stuttgart zurück, wurde aber dort im Juni von württembergischem Militär gesprengt⁸⁷.

Besonders in der Pfalz und in Baden griff der neue Aufstand um sich. Am 12. und 13. Mai 1849 forderte die Landesversammlung in Offenburg die unverzügliche Durchführung der Reichsverfassung⁸⁸. Der Großherzog verließ Karlsruhe, und der Landesausschuss übernahm von der Hauptstadt aus die Führung der Revolution. Die badischen Truppen gingen zu den Aufständischen über, womit der Revolution erstmals „reguläre“ Truppen unter ihrer Fahne hatte. Sie riefen den polnischen Freiheitskämpfer Ludwik Mieroslawski⁸⁹ als Oberbefehlshaber. Wie in Frankfurt beherrschte aber die Uneinigkeit der politischen Führer das Bild: Die Radikalen (G. Struve) strebten die Republik und die Vereinigung der Radikalen in ganz Deutschland, die Gemäßigten (L. Brentano) eine demokratisch-konstitutionelle Monarchie an. Der bewaffnete Aufstand sollte auf Baden beschränkt bleiben, um nicht eine Intervention der anderen deutschen Staaten zu provozieren. Die Eröffnung des neuen Parlaments Anfang Juni in Karlsruhe stand indessen schon unter dem Zeichen der drohenden militärischen Auseinandersetzung.

Vom Großherzog herbeigerufene Bundestruppen, besonders drei preußische Armeekorps unter der Führung des Prinzen Wilhelm, des späteren Deutschen Kaisers, schlugen die Revolutionsarmee in mehreren Gefechten bei Heppenheim und Waghäusel (20./21. Juni). Nach den letzten Kämpfen Ende Juni zwischen Gernsbach und Kuppenheim flohen die Reste der Revolutionstruppen zur Schweizer Grenze, das ganze Land konnte von den Preußen besetzt werden. Die Bundesfestung Rastatt mit

⁸⁶ Grab, Revolution S. 270f.

⁸⁷ Schreiben Friedrich Römers, des württembergischen Innenministers, an Wilhelm Loewe/Calbe, den präsidenten des Stuttgarter Rumpfparlaments, 17. Juni 1849. Grab, Revolution S. 295ff.

⁸⁸ Die Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung, 13. Mai 1849 Vormärz und Revolution 1840 - 1849

⁸⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwik_Mieroslawski

fünf- bis sechstausend Mann Besatzung hielt sich bis zum 23. Juli und gab erst auf, als ihre Lage sich als aussichtslos erwies⁹⁰.

Der Niederlage der Revolution folgte das Strafgericht der Sieger mit standrechtlichen Erschießungen⁹¹ und hohen Zuchthausstrafen⁹², viele der Revolutionäre, wie z.B. Carl Schurz⁹³, wanderten aus.

Auch in der sächsischen Hauptstadt Dresden⁹⁴ sollte mit Straßenkämpfen das Erbe der Revolution gerettet werden; hier kämpften der Historiker Theodor Mommsen, der Hofkapellmeister Richard Wagner, der russische Anarchist M. Bakunin und der Erbauer des Hoftheaters Gottfried Semper Seite an Seite auf den Barrikaden mit. Auch hier schlug preußisches Militär den Aufstand nieder.

Die Errungenschaften der Revolution

Die Errungenschaften der Revolution kommen erst in der demokratischen Tradition unseres Jahrhunderts zum Ausdruck. Es ist vor allem das Zustandekommen einer ersten demokratischen Verfassung mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht (auch wenn sie Theorie blieb), dann aber auch die erste Formulierung eines Katalogs an unveräußerlichen Grundrechten, die vorbildlich geblieben ist bis in unsere Tage. Nicht zuletzt gehen die Formierung politischer Parteien, die Frage ihrer Standortbestimmung und ihre Rolle in der politischen Diskussion auf die Debatten in der Paulskirche zurück. Besonders die liberalen Parteien bleiben über die Revolution und die Nationalversammlung hinaus bestehen und politisch wirksam.

Eine konkrete Errungenschaft ist das Wahlgesetz vom 4. April 1849⁹⁵, das als Wahlrecht zum Norddeutschen Bundestag (1866), zum Deutschen Zollparlament (1868) und schließlich zum Deutschen Reichstag (1871) bis 1918 Geltung hatte.

Die Gründe für das Scheitern

Die Gründe für das Scheitern dieser Revolution sind vielschichtig. Vor allem war es die Notwendigkeit, gleichzeitig einen Staat und eine Verfassung aufzubauen, die die Nationalversammlung überforderte. Der neue Staat und die neue, demokratisch-unitarische Verfassung mussten zugleich gegen die alten Mächte durchgesetzt werden, die Rivalität

⁹⁰ Kapitulationsbedingungen der in der Festung Rastatt eingeschlossenen Revolutionäre, 23. Juli 1849. Grab, Revolution S. 303

⁹¹ Liste der 19 in Rastatt standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer
http://de.wikipedia.org/wiki/Badische_Revolution

⁹² Verzeichnis der bei den Standgerichten im Jahr 1849 gefällten und vollzogenen Straf-Urteile: Schadt, Alles für das Volk, Abb. 4

⁹³ http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Schurz

⁹⁴ Flugblatt zum Beginn des Dresdner Aufstands, 4. Mai 1849. Grab, Revolution S. 273f.

⁹⁵ Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, 12. April 1849 (verkündet, beschlossen am 4. April) Grab, Revolution S. 263ff

zwischen den beiden Großmächten Österreich und Preußen belastete auch die Arbeit der Nationalversammlung schwer.

Daneben führte die politische Unerfahrenheit der Abgeordneten der Paulskirche dazu, dass sie die politischen Verhältnisse in Deutschland, aber auch in Europa unterschätzten. Zu schnell wurde das Nachgeben der Fürsten im März 1848 als Erfolg, als Durchbruch gewertet, die Machtstrukturen wurden nicht angetastet. Die Revolution sollte sich nach dem Willen der Mehrheit auf dem Verhandlungsweg vollziehen, nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Das ist vor allem mit der sozialen Herkunft der Abgeordneten zu erklären, die als Vertreter von Großbürgertum und Intelligenz vor jeder Gewalt zurückschreckten. Dazu kam die Angst vor den („unkontrollierbaren“) sozialen Folgen einer allgemeinen Umwälzung, die dem Kommunismus Tür und Tor geöffnet hätte. Eine logische Folge dieser Angst war, dass das Bürgertum sich lieber mit den alten Mächten einigte als sich auf ungewisse revolutionäre Experimente einzulassen – ein Phänomen, das sich in erstaunlicher Parallelität 1918 wiederholen sollte.

Maßgeblich für die bleibende Stärke der alten Mächte war die fortgesetzte Loyalität von Beamtenschaft und Heer gegenüber den Regierungen. Nur so ist zu erklären, warum die österreichische Armee so schnell die Aufstände niederschlagen konnte und warum die preußische Armee im November 1848 reibungslos und ohne Widerstand Berlin wieder besetzen konnte.

Die Schleswig-Holstein-Frage zeigte indessen auch die illusionäre Haltung der Nationalversammlung in der europäischen Politik. Die Großmächte waren nicht bereit, eine Verschiebung des Gleichgewichts auf dem Kontinent hinzunehmen, und sowohl Preußen als auch Österreich trieben hier Realpolitik. Realpolitik war es daher auch, als Österreich russische Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn herbeirief.

Die Folgen der Revolution sind eine Rückkehr zur restaurativen Politik der alten Mächte und eine zunehmende Abwendung des deutschen Bürgertums von der Politik. Die Pläne und Forderungen vom März 1848 haben sich als nicht zu verwirklichen erwiesen, das Bürgertum wandte sich stattdessen der Kultur und dem Wirtschaftsleben zu. Die demokratische Bewegung wurde durch die Massenauswanderungen nach 1849 entscheidend geschwächt, allein 80 000 Badener wanderten aus, vor allem nach Amerika, das größere politische Freiheiten versprach. Die deutsche Einheit aber war nach der gescheiterten Revolution nicht mehr vom Volk aus, sondern nur noch von den Fürsten, d. h. von Preußen aus und unter seiner Vorherrschaft zu verwirklichen.

Ausdruck der politischen Restauration in Deutschland war die Wiederbelebung des Deutschen Bundes im Dezember 1850 und die Aufhebung der Grundrechte im August 1851 durch den Bundestag, das Organ dieses Bundes. Der Deutsche Bund allerdings stand stärker als zuvor im Einfluss der österreichisch-preußischen Rivalität, die Österreich zunächst durch die Beibehaltung des Vorsitzes im Bund für sich entscheiden konnte.

Grundzüge des Verfassungsentwurfes von 1849

Umfang und Organe des Reichs

Das „Deutsche Reich“ umfasste die Staaten des ehemaligen Deutschen Bundes unter Einschluss aller preußischen Provinzen und Schleswig-Holsteins, aber unter Ausschluss aller österreichischen Gebiete. Das Reich war ein Bundesstaat. Die Zentralregierung hatte die alleinige Gewalt über das Militär und alleinige Kompetenzen in Zoll- und Handelsfragen.

Die Spitze des Reiches wurde von einem „Kaiser der Deutschen“ gebildet, der von der Nationalversammlung gewählt wurde. In der Familie des Gewählten war das Kaisertum erblich. Der Kaiser bildete die Exekutive und ernannte die Minister. Gegenüber vom Reichstag beschlossenen Gesetzen hatte er lediglich ein aufschiebendes Veto.⁹⁶

Der Reichstag bestand aus zwei Kammern, dem „Staatenhaus“ und dem „Volkshaus“. Das Staatenhaus bildeten die Vertreter der Regierungen der Einzelstaaten (je zur Hälfte von den Regierungen und von den Volksvertretungen ernannt), das Volkshaus ging aus einer allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl des deutschen Volkes hervor (Wahlrecht allerdings nur für Männer). Er hatte das Recht der Gesetzgebung und der Haushaltsbewilligung für das Reich. Das Wahlrecht war durch Gesetz vom 4. April 1849 geregelt⁹⁷. Durch das Erlöschen der Nationalversammlung blieb es ohne Wirkung, bis es für die Wahlen von 1866 zum Norddeutschen Bundestag und 1868 zum deutschen Zollparlament wieder aus der Schublade hervorgeholt und angewandt wurde.

Die Rechtsprechung lag im wesentlichen bei den Einzelstaaten, das Reichsgericht, dessen Richter unabhängig und nur dem Gesetz verpflichtet waren, hatte seine Zuständigkeit nur in Fragen der Reichsverfassung.

Kompromisscharakter der Reichsverfassung

- unitarisch-föderalistisch: starke Stellung des Kaisers in der Exekutive, Vorrang von Reichsrecht gegenüber dem Recht der Bundesstaaten; hoher Rang der Grundrechte; Beibehaltung der bundesstaatlichen Struktur, Einfluss der Staaten auf die Gesetzgebung über das Staatenhaus.
- demokratisch-monarchisch: allgemeines Wahlrecht und starke Stellung des Reichstags, lediglich suspensives Veto des Kaisers; Erbkaisertum.

Der preußische Verfassungsoktroy von 1848/50

⁹⁶ Reden der Abgeordneten Karl Mittermaier und Friedrich Christoph Dahlmann (12. bzw. 4. Dezember 1848) Vormärz und Revolution 1840 – 1849 S. 378ff und 381f.

⁹⁷ <http://www.documentArchiv.de/nzjh/1849/reichswahlgesetz1849.html>

Ihren Charakter verdankt die preußische Verfassung (wie auch die österreichische vom März 1849) dem alleinigen Willen des Monarchen und nicht einer demokratisch-parlamentarischen Diskussion. Die gesamte Exekutivgewalt lag in den Händen des Königs, der die Minister ernannte und entließ. Diese waren keiner parlamentarischen Institution, sondern allein dem König verantwortlich.

Die Legislative wurde von zwei Kammern gebildet. Ein Gesetz (dazu gehörte auch der Staatshaushalt) kam aber nur zustande, wenn beide Kammern und der König zustimmten.

Die Mitglieder der Ersten Kammer („Herrenhaus“) wurden im wesentlichen vom König berufen oder hatten ihre Mitgliedschaft aufgrund von ständischen Rechten, kamen aber auch durch Wahl aus der höchsten Steuerklasse. Die Mitglieder der Zweiten Kammer („Abgeordnetenhaus“) wurden nach einem nach drei Steuerklassen unterschiedenen Wahlrecht (Zensus- oder „Dreiklassenwahlrecht“⁹⁸) und indirekt (durch „Wahlmänner“) gewählt (siehe unten).

Die Rechtsprechung war unabhängig vom Staat, wenn auch die Richter vom König ernannt wurden. Bei Strafprozessen fällten Geschworene den Schuldspruch, der Berufsrichter legte das Strafmaß fest.

Das Dreiklassenwahlrecht

Das Gesamtsteueraufkommen wurde in drei Teile geteilt; die Wahlberechtigten, die diesen drei Steuerklassen zugeteilt waren, wählten in ihrem Wahlbezirk dieselbe Anzahl von Wahlmännern. So kam es, dass in der dritten Steuerklasse wesentlich mehr Wähler ihren Wahlmann bestimmten als etwa in der ersten. Die Wahlmänner eines Bezirks wählten dann nicht in geheimer, sondern in öffentlicher mündlicher Abstimmung einen Abgeordneten. Da aber die Interessen der ersten und zweiten Steuerklasse (mit 2/3 der Wahlmänner) näher beieinander lagen als die der zweiten und dritten, begünstigte dieses Wahlrecht die Wähler der ersten und zweiten Klasse mehr. Die Vertreter der ersten Steuerklasse waren damit politisch ungleich stärker vertreten als die der dritten.

Auf dieses Dreiklassenwahlrecht und seine Benachteiligung der unteren sozialen Schichten ist es auch zurückzuführen, dass die SPD, die bereits 1874 mit 9 Abgeordneten im Reichstag (unter den Bedingungen des gleichen Wahlrechts) saß, in der preußischen Volksvertretung erst 1908 mit 6 und 1913 mit 10 Abgeordneten vertreten war; erst die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts brachte 1919 hier den Anstieg auf 145 Mandate.

Die Stellung des Verfassungsoktroys in der politischen Wirklichkeit

Ein Vergleich mit den Verfassungen des 19. Jahrhunderts zeigt, dass der preußische Verfassungsoktroy zwar weit hinter den demokratischen

⁹⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Dreiklassenwahlrecht> mit Schaubild

Errungenschaften der Paulskirchen-Verfassung zurückblieb und einen großen Schritt auf den absoluten Vorrang der monarchischen Macht hin zurückging, dass aber die neu-absolutistischen Verfassungen der nachnapoleonischen Zeit in den süd- und mitteldeutschen Staaten erheblich weniger Rechte der Volksvertretung kannten. Nur ist zu diesen „Rechten“ des preußischen Abgeordnetenhauses im Hinblick auf die Entwicklung in der Zukunft zu bemerken, dass auch sie vor dem staatlichen Machtanspruch eines Bismarck nicht standhalten konnten. Sie hatten Bestand, solange weder Königtum noch die eingesetzte Exekutive des Staates ein Interesse an ihrer Beseitigung hatten. Eine wirkliche Einbindung der Monarchie in eine demokratische Verfassung – selbst mit Zensuswahlrecht – konnte diese Verfassung nicht garantieren.

Der Verfassungsentwurf wurde 1850 revidiert⁹⁹ und blieb in Preußen bis 1918 in Kraft.

⁹⁹ <http://www.documentArchiv.de/nzjh/verfpr1850.html>

Klausurthemen

(Klausurthemen als Best.-Nr. 4023 im Bundle „Komplettpaket“, Best.-Nr. 4025 erhältlich)

Vormärz	3
Deutschland vor 1848	3
Oppositionelle Bewegungen im Vormärz	3
Nationalversammlung	4
Die wichtigsten Ergebnisse der Revolution in Deutschland bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung	4
Machtverhältnis zwischen Fürsten und Volk anhand des Verfassungsentwurfs der Paulskirche	5
Freiheitliche und demokratische Elemente im Verfassungsentwurf der Paulskirche	5
Problemfelder, die die Nationalversammlung bei der Gründung eines freiheitlichen deutschen Nationalstaats 1848/49 lösen musste	6
Das Programm der Mehrheit in der Nationalversammlung sowie Begründungen für das Scheitern	7
Aufgaben der Nationalversammlung	9
Der Kompromisscharakter der Reichsverfassung	10
Scheitern der Revolution?	11
Die Auswirkungen der Revolution von 1848/49 auf die Entwicklung der Demokratie in Deutschland	13
„Vollendung“ der Nationalversammlung durch die Reichsgründung 1871?	14

Quellen

Grab, Walter (Hg.): Die Revolution von 1848, Eine Dokumentation. München 1980.

Vollmer, Franz X.: Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Strukturen, Dokumente, Fragestellungen. Modelle zur Landesgeschichte. Frankfurt, Berlin, München, 1979.

Vormärz und Revolution 1840 – 1849. Hg. v. H. Fenske. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert (Freiherr vom Stein- Gedächtnis-Ausgabe) Bd. 4. Darmstadt 1976.

Literatur

Die Literatur gerade zum Revolutionsjubiläum 1998 war ins Unübersehbare gewachsen. An dieser Stelle daher – außer den zitierten – nur einige ausgewählte Titel.

Blastenbrei, Peter: Mannheim in der Revolution 1848/49. (Kleine Schriiften des Stadtarchivs 10). Mannheim 1997.

Deuchert, Norbert: Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832 – 1848/49. Stuttgart 1983

Dressen, Wolfgang (Bearb.): 1848-1849. Bürgerkrieg in Baden. Berlin 1975/1978.

Engehausen, Frank, Hepp, Frieder (Hg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848. Begleitband zu der Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg vom 5. März – 3. Mai 1998. Ubstadt-Weiher 1998

Hoede, Roland: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847. Frankfurt 1997.

Langewiesche, Dieter: Die deutsche Revolution von 1848/49. (Wege der Forschung 164). Darmstadt 1980

Langewiesche, Dieter: Europa zwischen Restauration und Revolution 1815 – 1849. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 13). München 1985

Mommsen, Wolfgang J.: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830 – 1849. Frankfurt 1998

Real, Willy: Die Revolution in Baden 1848/49. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1983

Schadt, Jörg (Hg.): Alles für das Volk. Alles durch das Volk. Dokumente zur demokratischen Bewegung in Mannheim 1848 – 1948. Stuttgart/Aalen 1977

Vollmer, Franz X.: Der Traum von der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern. Stuttgart 1983.

„Vorwärts“ ist der Ruf der Zeit!“ Die Revolution 1848/49 in der Region Mannheim. Texte – Dokumente – Bilder zu den Ereignissen in Heidelberg, Ladenburg, Mannheim und Weinheim. Hg. v. Arbeitskreis Landeskunde/Landesgeschichte – Region Mannheim und vom Stadtarchiv Mannheim. Bearb. v. Thomas Hagen und Hans-Joachim Hirsch. Mannheim 1998

Ausstellungskataloge

1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49. Hg. v. Lothar Gall. Berlin 1998.

1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden. Landesausstellung im Karlsruher Schloss. Hg. v. Badischen Landesmuseum. Baden-Baden 1998.

Mit Zorn und Eifer. Karikaturen aus der Revolution 1848/49. Der Bestand des Reiss-Museums Mannheim. Bearb. v. Grit Arnscheidt. München/Berlin 1998.

Weblinks

Linksammlung der UB Heidelberg:

<http://www.ub.uni-heidelberg.de/helios/fachinfo/fachref/gesch/blic1848.htm>

Revolution 1848 – Digitales Archiv der Österreichischen Nationalbibliothek Wien:

http://www.onb.ac.at/sammlungen/plakate/flugblaetter/1848_frs.htm

1848 - Flugschriften im Netz - bietet den Online-Zugang zu Kleinschrifttum (Flugblätter, Anschläge, Aufrufe, Affiche, Plakate, Protokolle) der Revolution von 1848 aus den Sammlungen der Universitätsbibliothek Frankfurt:

<http://1848.ub.uni-frankfurt.de/cgi-bin/uebersicht.rb>

Flugschriften der Sammlung Friedlaender zur Revolution 1848 aus der zentral- und Landesbibliothek Berlin:

<http://www.zlb.de/digitalesammlungen/f4index.php?collection=2&layer=2>